

Welt der Arbeit

Ausgabe 38

www.weltderarbeit.de

18. April 2007

WdA im April

In Kürze ist 1. Mai: Kundgebungs- und Kampftag für Arbeiterrechte seit mehr als 120 Jahren (s. *WdA* Nr. 28). Damals ging es zuallererst um den Achtstundentag. Doch die Arbeitsbedingungen wurden seitdem massiv verändert – und sie verändern sich noch immer: Unter dem Vorwand, weltweite Wettbewerbspotenz erhalten zu wollen, werden Arbeitnehmer/innen derzeit kaltschnäuzig erpresst, werden ihre erkämpften, verbrieften Rechte immer mehr verkürzt, als hätte es verbindliche Tarifrechte nie gegeben. Davon, besonders mit Blick auf die Tarifpolitik, handelt diese Ausgabe der *WdA*. Doch den Informationen müssen Taten folgen: Zum Tag der Arbeit sollten alle auf die Straße gehen, Menschen mit und Menschen ohne Arbeit und auch solche, die ein langes Arbeitsleben hinter sich haben. Solidarität ist notwendiger denn je! Und von der Gewerkschaftsprominenz werden am 1. Mai keine Sonntagsreden erwartet!

Die Themen im Einzelnen

Seite 1

Keine tarifpolitischen Fortschritte

Seite 2

„Privat vor Staat“

Seite 3

Wer profitiert von Agrarsubventionen?

Seite 4

Blick zurück: Guernica

Seite 5

Auch Sparkassen sollen Rendite erwirtschaften, Mehr Medikamente

Seite 6

Raub und Erpressung

Seite 7

... und die Steuerzahler werden enteignet

Seite 8

Kreditwucher mit System, Gesetzlicher Mindestlohn in Frankreich, Ausgeladen

Seite 9

Renten Kürzungen, Länger arbeiten für weniger Geld, Buchtipp, Impressum

Keine tarifpolitischen Fortschritte

In diesem Jahr wollen die Gewerkschaften in den Lohn- und Gehaltstarifverhandlungen mindestens den kostenneutralen Verteilungsspielraum (ca. 3,8 Prozent) ausschöpfen. Nach der Konjunkturprognose des WSI liegt die gesamtwirtschaftliche Produktivitätssteigerung bei 2,2 Prozent, während die Verbraucherpreise um 1,6 Prozent steigen.

Die IG Bergbau, Chemie, Energie hat mit ihrem diesjährigen Tarifabschluss für die chemische Industrie das angestrebte Ziel nicht erreicht. Kampflös und „sozialpartnerschaftlich“ steigen die Tarifeinkommen um gerade mal 3,6 Prozent, und die Laufzeit des Vertrages beträgt 14 Monate. Auf ein Jahr gerechnet ist das lediglich eine Einkommensverbesserung von knapp 3,1 Prozent.

Für den ersten Monat wird nur ein Pauschalbetrag von einheitlich 70 Euro gezahlt. Außerdem erhalten die Beschäftigten eine Einmalzahlung in Höhe von 0,7 Prozent eines Monatsentgelts multipliziert mit 13. Durch freiwillige Betriebsvereinbarung können Unternehmen und Betriebsräte – also ohne Mitsprache der Gewerkschaft – diese „aus wirtschaftlichen Gründen“ allerdings kürzen oder streichen. Damit wird erneut auf eine solidarische Tarifpolitik verzichtet.

Auch in der Bauindustrie wurden neue Tarifverträge abgeschlossen. In den Vereinbarungen ist eine tarifliche Lohnerhöhung von 3,1 Prozent enthalten plus 0,4 Prozent, die als monatlicher Festbetrag gezahlt werden soll. Die neuen Regelungen gelten ab 1. Mai für eine Laufzeit von 11 Monaten. Außerdem einigten sich die Tarifvertragsparteien auf eine Erhöhung der Beiträge zur betrieblichen Altersversorgung für das Baugewerbe um 1,2 Prozent der Brutto-lohnsumme. Zur Finanzierung des

Arbeitnehmerbeitrags wird das zusätzliche Urlaubsgeld gekürzt.

Im Tarifkonflikt der Metall- und Elektroindustrie haben die Unternehmer ein erstes Angebot vorgelegt. Der Arbeitgeberverband Südwestmetall bot in Baden-Württemberg ein Gesamtvolumen von drei Prozent an. Es besteht aus 2,5 Prozent linearer Lohnerhöhung und einem Konjunkturbonus von 0,5 Prozent. Die IG Metall fordert für die Beschäftigten in der Branche allerdings 6,5 Prozent mehr Geld und lehnt ein Modell mit Einmalzahlungen kategorisch ab. Die tarifliche Friedenspflicht endet in diesem Bereich am 28. April.

ver.di will für die Beschäftigten in der Druckindustrie tarifliche Einkommensverbesserungen in Höhe von 6,5 Prozent für 12 Monate erreichen. In der ersten Verhandlungsrunde am 28. März machten die Unternehmer den Vorschlag, die tariflichen Löhne ab 1.4.2007 um 1,8 und ab 1.4.2008 um 2,0 Prozent zu erhöhen. In Betrieben mit „guter Ertragslage“ könnten im Oktober 2007 und 2008 je 180 Euro Einmalzahlungen vereinbart werden. ver.di lehnt dieses Angebot als völlig unzureichend ab. Die nächste Verhandlung soll am 25. April stattfinden. Die tarifliche Friedenspflicht erlischt am 1. Mai.

In der Tarifrunde für den Einzelhandel fordert ver.di in den regionalen Verhandlungen bis zu 5,5 Prozent mehr Geld für die Beschäftigten. In vielen Bundesländern verlangt sie zudem einen Mindestlohn von 1.500 Euro. Im Großhandel mit seinen 1,1 Millionen Beschäftigten werden bis zu 6,5 Prozent mehr Lohn gefordert.

Für alle Verhandlungen gilt: Echte Fortschritte sind nur durch nachhaltigen Kampf und Streikaktionen zu erzielen! Franz Kersjes

Wie die Politik die Interessen von Kapitalbesitzern fördert (3)

„Privat vor Staat“

Weltweit sind die politischen Komplizen des Kapitals bemüht, Geldverleihern, Investoren und Besitzern großer Vermögen neue Renditefelder zu erschließen. Der nahe liegende Grund: Für Kapitalsammelstellen besteht ständiger Bedarf nach mehr Möglichkeiten, damit die wachsenden Renditeerwartungen der Kapitalgeber erfüllt werden können. Dazu wird die Privatisierung gesellschaftlichen Eigentums immer häufiger genutzt. Ob Post, Telekommunikation, Abfallentsorgung, Bahn oder andere Aufgaben öffentlicher Daseinsvorsorge - vieles wird den Interessen von Kapitalbesitzern geopfert. Die Folgen: Der Staat entsorgt sich selbst, und die Gesellschaft wird enteignet.

CDU und FDP wollen in Nordrhein-Westfalen möglichst viele Aufgaben des Landes und der Kommunen auf private Anbieter übertragen. „Freiheit vor Gleichheit, Verdienen vor Verteilen, Privat vor Staat“, umriss „Sozialschauspieler“ und Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) im Juni 2005 nach der Landtagswahl die Koalitionsvereinbarungen.

Begünstigung privater Anbieter

Nun hat die Landesregierung NRW am 24. Januar 2007 einen Gesetzentwurf zur Änderung der Gemeindeordnung vorgelegt. Danach soll die wirtschaftliche Tätigkeit der Städte und Gemeinden zu Gunsten von Privatunternehmen eingeschränkt werden. Künftig sollen die Kommunen nur solche Tätigkeiten ausüben, die nicht gewinnbringend und damit für Private uninteressant sind. Die Zeche zahlen die Bürger.

Nach § 107 der Gemeindeord-

nung dürfen Städte und Gemeinden Unternehmen betreiben, wenn dafür ein „öffentlicher Zweck“ besteht. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass künftig ein „dringender öffentlicher Zweck“ vorliegen muss. Danach dürfen die Gemeinden bzw. deren Stadtwerke keine Geschäfte mehr machen, wenn private Unternehmen die Leistungen ebenso gut und zu gleichem Preis erbringen können. Schon wenn ausreichend viele Privatunternehmen mit dem Angebot gleicher Leistung vorhanden sind, muss sich die Kommune zurückziehen. Bislang müssen Private besser und billiger sein.

Proteste und Demonstrationen

In einer „Initiative Kommunalwirtschaft“ haben sich Spitzenverbände der Städte und Gemeinden in NRW, die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) und einige weitere Verbände zusammengeschlossen. Unterstützt wird die Initiative von vielen Bürgermeistern, Betriebs- und Personalräten und dem DGB. Über 25.000 Beschäftigte in städtischen Unternehmen und viele Bürger haben Anfang März in Düsseldorf gegen eine Benachteiligung der Kommunen durch den Gesetzgeber protestiert. Die Initiative will, dass kommunale Unternehmen im Rahmen der Liberalisierung der europäischen Märkte Chancengleichheit im Wettbewerb haben und lehnt es ab, privaten Anbietern durch Gesetz einen Vorrang einzuräumen.

Die „orangene Revolution“

Ein gängiges Vorurteil lautet: Der Staat arbeitet umständlich, teuer und langsam, Privatunternehmen dagegen effektiv, preiswert und

schnell. Deshalb privatisieren die Städte seit Jahren Krankenhäuser, Stromversorger, Verkehrsbetriebe. Und alle glauben, dann Geld zu sparen.

Private Investoren sind jedoch vor allem an Profiten interessiert, also die Arbeitskosten zu senken und die Leistungen der Beschäftigten zu steigern. Alles nach der Devise: Geringere Bezahlung und dafür länger arbeiten! Und selbstverständlich keine Tarifverträge. Wer als Politiker die Privatisierung öffentlicher Aufgaben fördert, muss wissen: Es werden Arbeitsplätze vernichtet und es wird Armut trotz Arbeit erzeugt!

In manchen Kommunen wurde inzwischen erkannt, dass die Leistungen privater Anbieter schlechter und teurer sind als die von Gemeindebetrieben. In Bergkamen wagte man die „orangefarbene Revolution“: Die Kommune verstaatlichte die Müllabfuhr, denn dass der Markt mit unsichtbarer Hand die Preise senkt, glaubt man dort schon lange nicht mehr. Für die Müllabfuhr nahm der private Anbieter 1,1 Millionen Euro. Die Stadt schafft es nun für 770.000 Euro. Sie investierte in moderne Fahrzeuge und in die Löhne der Müllmänner. Trotzdem blieb genug übrig, um auch die Müllgebühren zu senken.

Die Müllrevolution ist nicht die einzige in Bergkamen. Auch Strom, Gas, Wasser und Straßenreinigung sind wieder städtisch. Mittlerweile holten sich auch andere Kreise ihre Müllabfuhr von den Privaten zurück: der Rhein-Sieg-Kreis, die Kreise Aachen und Hannover, der Neckar-Odenwald-Kreis und der Rhein-Hunsrück-Kreis. -es.

Wie die Politik die Interessen von Kapitalbesitzern fördert (4)

Wer profitiert von Agrarsubventionen?

Die Agrarpolitik der Europäischen Union verschlingt jährlich mehr als 40 Milliarden Euro. Allein die deutsche Agrar- und Ernährungswirtschaft wurde im vorigen Jahr mit über sechs Milliarden Euro vom europäischen Steuerzahler finanziert. Doch die Profiteure der Subventionen werden bislang verschwiegen.

Ungleiche Verteilung

Gemäß den letzten verfügbaren Zahlen erhielten im Finanzjahr 2005 in Deutschland 0,5 Prozent der Betriebe jeweils mehr als 300.000 Euro (18 Prozent der Gelder), während 65 Prozent der Betriebe jeweils bis zu 10.000 Euro (15 Prozent der Gelder) erhielten. Einige rationalisierte flächenstarke Betriebe kommen somit auf Prämienzahlungen von umgerechnet bis zu 120.000 Euro je Arbeitskraft, während der Durchschnitt der Betriebe weniger als ein Zehntel davon je Arbeitskraft erhält.

Auch Bauern unterstützen die Forderung nach Transparenz bei den Agrarzahleungen der EU. Für die Arbeitsgemeinschaft bäuerlicher Landwirtschaft (AbL) ist es wichtig, dass den Steuerzahlern die ungleiche Verteilung der Gelder deutlich wird. Die bisherige Verteilung komme den Betrieben zugute, die mit möglichst wenig Menschen möglichst viel Fläche bewirtschaften.

Die Verteilung der Gelder bringt mehr Verlierer als Gewinner mit sich. Verlierer sind kleinere Betriebe, die ums Überleben kämpfen, die Umwelt, die unter den Folgen der Intensivlandwirtschaft leidet und die Kleinbauern in den so genannten Entwicklungslän-

dern, die mit den billigen, subventionierten Lebensmitteln aus der EU nicht konkurrieren können.

Förderung der Exporteure

Multinationale Konzerne gehören zu den größten Profiteuren von Agrarsubventionen. Nach Angaben der „Initiative für Transparenz bei EU-Agrarsubventionen“, zu der Umwelt-, Entwicklungshilfe- und Landwirtschaftsorganisationen gehören, erhielt beispielsweise im Jahr 2005 Deutschlands größter Fleischvermarkter, die Vion Trading GmbH in Düsseldorf, für Rindfleisch-Exporte 6,78 Millionen Euro Subventionen. Und einer der größten Nahrungsmittel-Konzerne, der Schweizer Multi Nestlé, hat 2005 mindestens 48 Millionen Euro über seine europäischen Tochtergesellschaften kassiert. Nach Informationen der Entwicklungshilfe-Organisation Oxfam hat der Südzucker-Konzern incl. Tochtergesellschaften - nach Abzug der Produktionsabgaben - für die Jahre 2002 bis 2005 durchschnittlich rund 90 Millionen Euro Exporterstattungen pro Jahr erhalten.

Millionen für nichts

Die Direktbeihilfen an landwirtschaftliche Betriebe sind derzeit nicht an umwelt- oder sozialverträgliche Kriterien gebunden, kritisierte Reinhild Benning, Agrarreferentin des BUND. So besitze der „Familienclan Rethmann“ neben dem größten Entsorgungskonzern Deutschlands auch über 7.000 Hektar in Ostdeutschland. Für eine solche Fläche zahle die EU rund 3 Millionen Euro jährlich aus dem Agrarbudget, und dies, ohne besondere Leistungen für Umwelt- und Tierschutz zu fordern. Ben-

ning: „Diesen Subventionen fehlt jede gesellschaftliche Legitimation. Wir können nicht hinnehmen, dass unsere Steuergelder Milliarden reicher machen, statt gezielt Umwelt- und Tierschutz zu fördern.“ Bei der anstehenden Überarbeitung der EU-Agrarpolitik im Jahr 2008 müsse der Überförderung von Großbetrieben ein Riegel vorgeschoben werden. Die EU-Kommission und die Länder müssten bei ihrer aktuellen Abstimmung der landwirtschaftlichen Förderprogramme „unverzüglich dafür sorgen, dass die Gelder für konkrete Leistungen wie etwa Ökolandbau, Arten- und Grundwasserschutz keinesfalls wie geplant zusammengestrichen werden“, fordert Benning.

Initiative für Transparenz

Im Gegensatz zu anderen Ländern weigert sich in Deutschland die Bundesregierung, den Steuerzahlern die Empfänger von Agrarsubventionen zu nennen. Die EU schreibt den Mitgliedsstaaten die Veröffentlichung der Empfänger von Agrargeldern mit Angabe der Summe und des Förderzwecks vor, aber sie lässt den Mitgliedsstaaten Zeit bis 2009, damit zu beginnen. Die 34 Organisationen der „Initiative für Transparenz bei EU-Agrarsubventionen“ sehen darin keinen Zufall, sondern vermuten das Kalkül, dass mit der Veröffentlichung bewusst bis zum Abschluss der Debatte über den Umbau der EU-Agrarpolitik gewartet wird. Sie fordern die Bundesregierung daher auf, die Karten schon jetzt auf den Tisch zu legen, wie es andere EU-Staaten wie die Niederlande und Dänemark längst praktizieren.

Blick zurück:**Guernica**

Vier Jahre Irak-Krieg. Im Februar 2003 stimmte US-Außenminister Powell die Welt auf diesen Krieg ein. Im Sitzungssaal des Sicherheitsrats im UNO-Hauptgebäude in New York ließ er Satellitenaufnahmen zeigen, welche die Existenz von Massenvernichtungswaffen im Irak des Saddam Hussein beweisen sollten. Für diese Bildvorführung wurde mit blauem Tuch ein Gemälde zugehängt, dessen Anblick nicht gut zur amerikanischen Kriegstreiberei gepasst hätte. Das Bild in den enormen Ausmaßen von dreieinhalb auf fast acht Meter zeigt das Grauen und die Schrecken des Krieges: Pablo Picassos *Guernica*-Gemälde; es entstand als eines der berühmtesten Bilder des Meisters 1937.



Im Juli des Vorjahres hatte Francisco Franco einen militärischen Aufstand gegen die legitim gewählte, republikanische Regierung in Spanien ausgelöst. Gestützt auf nationalistische, autoritäre, konservativ-katholische Kräfte putschte das Militär gegen die Volksfront-Regierung. Gewerkschafter zählten zu den entschiedensten Verteidigern der Republik. Sie forderten Waffen und erhielten sie, nachdem die Regierung anfangs gezögert hatte, diesen nicht verfassungskonformen Weg zu gehen. Erbetene Hilfe von befreundeten Ländern, darunter Großbritannien und Frankreich, erhielt die spanische Regierung nicht. Die Sowjetunion verhielt sich widersprüchlich. Sie bekannte sich zur Nichteinmischung, lieferte jedoch Waffen und unterstützte die Bildung der Internationalen Brigaden zur Verteidigung der spanischen Republik. Den Putschisten aber wurde massive Hilfe von außen zuteil: Mussolini in Italien und Hitler in Deutschland unterstützten Franco und seine Aufständischen tatkräftig. Die Deutschen bildeten zu diesem Zweck die ‚Legion Condor‘. Mit ihren Kampfflugzeugen trug die Legion wesentlich zum Sieg der Putschisten bei.

Guernica ist eine kleine Stadt im spanischen Baskenland. Im Bürgerkrieg galt sie als Frontstadt, da sie nicht weit entfernt von Bilbao liegt, der bedeutenden Industrie- und Hafenstadt, in der sich der Widerstand der baskischen republikanischen Truppen konzentrierte. Vor 70 Jahren - am 26. April 1937 – bombardierten Flugzeuge der deutschen ‚Legion Condor‘ das Städtchen Guernica. Dies war in der Geschichte der Kriege das erste Mal, dass eine Stadt aus der Luft angegriffen und zerstört wurde. Unmittelbar danach vollendeten Francos Bodentruppen das Werk der Vernichtung. Innerhalb dreier Tage starben mehr als 1.600 Einwohner Guernicas.

Pablo Picasso hatte 1936 von der republikanischen Regierung den Auftrag erhalten, ein Bild für den spanischen Pavillon der Weltausstellung zu malen, die 1937 in Paris stattfand. Nach der Zerstörung Guernicas verwarf er sein ursprüngliches Bildmotiv und malte *Guernica*. Das Werk weist weit über das Ereignis der Bombardierung der kleinen Stadt im Baskenland hinaus. In Kenntnis all der Vernichtung, die wenig später, im Zweiten Weltkrieg, erfolgte, möchte man annehmen, Picasso habe alles vorausgesehen: Coventry und Dresden, Warschau und Köln, Rotterdam und Berlin, Hiroshima und Nagasaki...

Tatsächlich aber hatte Pablo Picasso sein *Guernica*-Bild sehr schnell und unter dem Druck eines 1937 aktuellen und schockierenden Ereignisses gemalt. Doch der Zweite Weltkrieg, der kurz nach Ende des Spanischen Bürgerkriegs begann, veränderte und erweiterte die Bedeutung des bald legendär gewordenen Monumentalwerks: Es gilt bis heute generell als Protest gegen die Barbarei moderner Kriege.

Das ungewöhnlich formatierte Bild, das zur Einstimmung auf den Irak-Krieg im Weltsicherheitsrat zugehängt wurde, ist übrigens nicht das Original: Picasso hatte sein *Guernica*-Gemälde einer zukünftigen spanischen Republik vermacht. Aber Diktator Franco und seine Nationalisten regierten Spanien nach gewonnenem Bürgerkrieg noch Jahrzehnte lang. Unterdessen hing *Guernica* im Museum of Modern Art in New York. Erst 1981 – nach Francos Tod und der Wiedererrichtung der Demokratie – wurde das Bild nach Spanien gebracht. Es ist nun im Museo Reina Sofia in Madrid zu sehen – und im UNO-Gebäude hängt nur eine Kopie.

Anna Riedel

Wie die Politik die Interessen von Kapitalbesitzern fördert (5)**Auch Sparkassen sollen Rendite erwirtschaften!**

Die nordrhein-westfälische Landesregierung will die gesetzlichen Grundlagen für die Sparkassen in ihrem Bundesland ändern und leitet damit die Privatisierung der gemeinnützigen Sparkassen ein. Die Koalitionsregierung aus CDU und FDP plant, die Gemeinwohlorientierung der Sparkassen in NRW aufzuheben.

Bislang müssen die Sparkassen als öffentlich-rechtliche Kreditinstitute ihre Überschüsse gemeinnützig, also für soziale Projekte und andere Aufgaben der Kommunen, ausschütten. Damit soll nun Schluss sein. Doch viele sozial aktive Vereine und solche für Kultur, Sport und Wissenschaft blieben ohne die Zuwendungen der Sparkassen auf sich allein gestellt.

Nachteile für die Kunden

Die Sparkassen sollen künftig nach dem Willen der Landesregierung „Stammkapital“ bilden, auf das eine Rendite erwirtschaftet werden soll. Wenn aber Gewinnmaximierung künftig an erster Stelle steht, werden die Sparkassen bei vielen Kunden überprüfen, ob sich die Kontoverbindungen überhaupt lohnen. Menschen mit geringem Einkommen werden kaum Chancen haben, Konten einzurichten. Dagegen unterhalten gegenwärtig beispielsweise rund 90 Prozent der Hartz IV-Empfänger in Dortmund ein Konto bei der Sparkasse.

Die meisten Sparkassen garantieren bislang einen flächendeckenden Zugang zu Finanzdienstleistungen, auch in den Vororten der Städte und in ländlichen Gebieten sowie für sozial schwächere Bevölkerungsgrup-

pen. Außerdem sind sie für die Finanzierung kleiner und mittlerer Unternehmen sowie für Handwerker und Gewerbetreibende vor Ort unverzichtbar und dadurch ein Motor der regionalen Wirtschaft.

Filialen-, 'Sterben' steht bevor

Fällt die Gemeinwohlorientierung weg, werden mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch Filialen geschlossen. Gerade ältere Menschen würden dann kaum noch zu ihrer Sparkasse kommen. Treffen würde es darüber hinaus Klein- und Mittelstandsbetriebe, deren einzige mögliche Kapitalgeberin häufig die örtliche Sparkasse ist. Und wenn die Kommune in Not gerät und Geld braucht, wird sie möglicherweise ihre Sparkasse verkaufen.

Für den Erhalt der Sparkassen als öffentlich-rechtliche Kreditinstitute kämpfen vor allem die Sparkassenbeschäftigten und ihre Gewerkschaft. In 12 nordrhein-westfälischen Städten wurde bisher demonstriert und gegen die Politik der Landesregierung protestiert. Sie befürchten unter anderem erhebliche Arbeitsplatzverluste. Das „bewährte deutsche Bankensystem“ mit Privatbanken, Volksbanken und seinen leistungsstarken Sparkassen soll erhalten bleiben. „Wir wollen keine englischen Verhältnisse, wo vier Großbanken mit wenigen Filialen maximale Profite auf Kosten der Kunden erwirtschaften“, erklärte Rolf Finger, stellvertretender Leiter des Fachbereichs Finanzdienstleistungen in der ver.di NRW.

Aber CDU und FDP in NRW wollen nicht nur Gemeindebetriebe,

sondern auch die Sparkassen der Profitgier von Kapitalbesitzern preisgeben. Kommunale Unternehmen sollen zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben nur noch tätig werden dürfen, wenn „ein dringender öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert und der öffentliche Zweck durch private Unternehmen nicht ebenso gut und wirtschaftlich erfüllt werden kann.“

Mehr Medikamente

Die Bundesregierung will auch die Umsätze und Renditen der Pharmaindustrie fördern. Arzneimittel und Medizinprodukte sollen schneller zugelassen werden. Die Pharmalobby hat dazu einen Gesetzentwurf auf den Weg gebracht.

Nach einem Bericht des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel* soll über die Zulassung neuer Medikamente auf Antrag des Pharmaherstellers in Zukunft schneller, spätestens nach sieben Monaten, entschieden werden. Geplant ist, das bestehende Bundesinstitut in eine „Deutsche Arzneimittel- und Medizinprodukteagentur“ umzuwandeln. „An der Spitze soll ein erfolgsorientierter Vorstand stehen, der nach der Zahl der Zulassungen bezahlt wird, vermuten Experten“, so *Der Spiegel*. Der Einfluss der Pharmalobby wird mit Sicherheit steigen. Mehr Marktorientierung soll stattfinden. Der Verband der Forschenden Arzneimittelhersteller (VFA) hat mit Unterstützung von Unternehmensberatern die „Reform“ durchgesetzt. Die Ausgaben der Kassen und Patienten werden steigen.

Die Renditen des Reichtums **Raub und Erpressung**

Vor einigen Tagen war im Wirtschaftsteil einer Kölner Tageszeitung folgende Meldung zu lesen: „Karstadt-Quelle schlägt bei der Versandsparte Quelle einen drastischen Sparkurs ein. Sämtlichen 800 Mitarbeitern in zwei Call-Centern von Quelle in Nürnberg wird zum Jahresende gekündigt. Die Beschäftigten können sich nach Konzernangaben bei einer neuen GmbH wieder bewerben. Dort sollen sie bei verlängerter Arbeitszeit statt bisher durchschnittlich 2.000 Euro nur noch 1.100 Euro verdienen.“

Immer häufiger werden abhängig Beschäftigte, die meist keine Alternative haben, durch Verlagerung von Arbeitsplätzen erpresst und gezwungen, wesentlich schlechtere Arbeitsbedingungen zu akzeptieren. Frei nach der neoliberalen Devise: besser ein schlecht bezahlter Arbeitsplatz als gar keiner. Zur Begründung wird dann mit den angeblich zu hohen Arbeitskosten argumentiert. Doch niemals wird über die zu hohen Renditeerwartungen der Manager und Firmeneigentümer berichtet. Verzichtete werden nur vom Faktor Arbeit und auf keinen Fall vom Faktor Kapital verlangt.

Wohin mit dem vielen Geld?

Trotz steigender Milliardengewinne werden von immer mehr Konzernen drastische „Sparprogramme“ zu Lasten der Beschäftigten durchgesetzt. Im Mittelpunkt steht die Forderung: Lohn- und Gehaltseinbußen bei gleichzeitig längeren Arbeitszeiten. Insgesamt wandern jährlich über 300 Milliarden Euro von den arbeitenden Menschen zu den Vermögensbesitzern. Unter den hundert reichsten Menschen in

Deutschland gibt es Leute wie die Brüder Albrecht, Besitzer der Lebensmittelketten Aldi, oder die Frau Klatten aus der Familie Quandt, die täglich mehr als ein oder zwei Millionen Euro Zinsen für das von ihnen eingesetzte Kapital kassieren, ohne die geringste Gegenleistung. Sie stehen dann vor dem Problem: Wohin mit dem vielen Geld?

Nicht die Arbeit ist zu teuer, sondern das Kapital

Die fünfhundert größten börsennotierten Unternehmen Europas haben beispielsweise im Jahr 2004 Überschüsse in Höhe von insgesamt 366 Milliarden Euro erzielt. Im Jahr zuvor waren es 247 Milliarden. Nun vagabundieren diese Profite zusätzlich auf den Kapitalmärkten herum. Ihre Besitzer erwarten auch für diesen Kapitaleinsatz mindestens eine ebenso hohe Rendite wie zuvor. Und das bedeutet: Produktionskosten, insbesondere Arbeitskosten, müssen weiter sinken, weil entsprechende Produktionssteigerungen wegen fehlender Nachfrage nicht erreichbar sind, die Renditeerwartungen jedoch erfüllt werden sollen.

Das ständig wachsende Kapital in den Händen weniger Menschen führt zu Spekulationen auf den Kapitalmärkten, aber in den Betrieben wird nur noch investiert, wenn der Profit annähernd so hoch ist wie im Schnitt bei den Finanzspekulationen.

Wer immer noch glaubt, Arbeitsplätze könnten durch Verzichtete und Anpassungen der Beschäftigten und Arbeitsuchenden, durch Steuersenkungen und Subventionen für Unternehmen erhalten

und geschaffen werden, hat von der Brutalität des kapitalistischen Systems nichts begriffen.

Aber die verantwortlichen Politiker und Regierungen tun alles, um den jeweiligen Wirtschaftsstandort für die Kapitalverwertung so attraktiv wie möglich zu machen. Auf Abgaben und Steuern wird verzichtet, Marktstrategien werden mit Subventionen, das heißt mit Steuergeldern, unterstützt, und kommunale Einrichtungen zur Daseinsvorsorge der Bürgerinnen und Bürger werden privatisiert. Politiker rechtfertigen das alles mit der Behauptung, dadurch würden Arbeitsplätze geschaffen. Das Gegenteil ist meistens der Fall. Verschwiegen wird vor allem, dass die Kapitalbesitzer die Bedingungen für Investitionen diktieren und hohe Renditen erreicht werden sollen. Aber hohe Kapitalrenditen rechtfertigen keineswegs wachsende Armut, Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und Bildungsnotstand!

Heuschreckenalarm

Viele Konzerne schwimmen im Geld. Die Kapitalsammelstellen wissen kaum noch, wo sie und wie sie das ihnen anvertraute Geld profitabel unterbringen können. Die Absatzmärkte in Europa und in den USA sind weitgehend gesättigt, und viele Unternehmen können nur noch wachsen, wenn sie Konkurrenten aufkaufen. Die abhängig Beschäftigten sind auch hier wieder die Opfer.

Notwendig ist eine Revolution! Und die beginnt in den Köpfen der Menschen – und im Selbstverständnis der Gewerkschaften! Fangen wir endlich damit an!

Franz Kersjes

Wie die Politik die Interessen von Kapitalbesitzern fördert (6)

... und die Steuerzahler werden enteignet

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben mit Steuern und Abgaben an den Staat oft jahrzehntelang öffentliches Eigentum finanziert und subventioniert. Nun werden sie enteignet. Die von ihnen geschaffenen Vermögenswerte werden privatisiert, damit Renditejäger noch mehr Chancen erhalten, ihr ohnehin ständig wachsendes Kapital profitabel einzusetzen. Doch die Risiken tragen weiterhin die Bürgerinnen und Bürger. Dafür gibt es viele Beispiele: Profite werden privatisiert, Verluste sozialisiert.

Der Börsengang der Bahn

Anfang März hat der Bundesverkehrsminister einen Gesetzentwurf zur Teilprivatisierung der bislang komplett bundeseigenen Deutschen Bahn AG (DB) vorgelegt. 49 Prozent des öffentlichen Bahneigentums sollen an kapitalstarke Anleger verkauft werden. Als Interessenten werden vorzugsweise der russische Konzern Gazprom, arabische Kapitalgesellschaften und große amerikanische Invest- und Immobilienfonds genannt. Deren Renditeerwartungen liegen mit Sicherheit um ein mehrfaches über den bisherigen Gewinnmargen der Bahn. Um solche Profiterwartungen zu bedienen, soll die Bahn radikal verändert werden.

Der Gesetzestext liest sich, als hätten Bahnchef Helmut Mehdorn und Investmentbanker von Morgan Stanley dem Verkehrsminister die Feder geführt. Demnach ist die Teilprivatisierung der DB AG weit davon entfernt, den Bund finanziell zu entlasten. Noch höhere Zahlungen des Bundes an die teilprivatisierte Bahn sollen für mindestens 15 Jahre festge-

schrieben werden. Das wäre eine Blankovollmacht über Milliarden Euro von Steuergeldern, die dem Verkehrsbetrieb auch künftig zufließen würden. Der Bund soll jährlich 2,5 Milliarden Euro für den Netzerhalt zahlen; die Gewinne daraus gehen aber an die DB AG. Darüber hinaus trägt der Steuerzahler alle Neubaukosten und zahlt für den Regionalverkehr. Wenn die Bahn das Netz vernachlässigt, kann der Bund rein theoretisch die Verfügung über das Netz entziehen – muss dafür aber weitere Milliarden zahlen. Das Credo lautet: Die Kosten trägt die Gesellschaft, die Gewinne kassiert das teilprivatisierte Unternehmen. Außerdem verliert der Bund fast jeden Einfluss auf die Infrastruktur der Bahn. Was dann passiert, konnte man bereits bei gescheiterten Privatisierungen der Bahn in Großbritannien erleben.

Die Verkaufserlöse sollen in die Bahnkasse, nicht in die Bundeskasse fließen. Die Bahn-Manager bereiten milliardenschwere Einkäufe vor und verlangen offenbar, dass der Bund zumindest auf einen Teil seines Emissionserlöses verzichtet, wenn die Bahn an die Börse geht. Das berichtet das Magazin *Capital* aus der streng vertraulichen Mittelfristplanung.

Initiative gegen Börsenwahn

Gegen die Privatisierungspläne kämpft eine breite Front von Nichtregierungsorganisationen: Die Bahn für alle. Dem Bündnis gehören die Globalisierungskritiker von attac, der Verkehrsclub Deutschland und zahlreiche große Umweltverbände wie der BUND, die Naturfreunde und Robin Wood an. Der Kampagne

haben sich außerdem die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) sowie einige SPD-Bundestagsabgeordnete wie der alternative Nobelpreisträger Hermann Scheer angeschlossen. Nach Scheers Auffassung ist der vorliegende Entwurf zum Privatisierungsgesetz offenkundig verfassungswidrig und „eine Provokation“. Der SPD-Politiker kritisiert weiter, dass künftige Miteigentümer der Bahn umfangreiche Zugriffsrechte besonders auf die wertvollen Bahnimmobilien bekämen. Dabei lehre „doch die Erfahrung aus vielen Privatisierungen, dass es den Käufern oft nur um das Versilbern von Filetstücken geht, durch das der Kaufpreis schnell wieder reingeholt wird“. Genau das sei auch bei der Bahn zu befürchten.

In einem Brief an alle Mitglieder des Deutschen Bundestages schreiben die Abgeordneten Hermann Scheer und Peter Friedrich unter anderem: „... die Weiterentwicklung der Bahn ist eine der großen Aufgaben dieser Legislaturperiode. Viele glauben, dass diese nur durch die Privatisierung der DB AG zu schultern ist. Wir sehen das anders. Wir wissen, dass unsere Ablehnung des Bahnverkaufs quer durch alle Fraktionen von zahlreichen Abgeordneten geteilt wird. Eine grundsätzliche Entscheidung darüber, ob die Deutsche Bahn AG überhaupt privatisiert werden soll, ist nie getroffen worden.“

Tatsache ist: Die Renditeinteressen künftiger Aktionäre stehen in klarem Widerspruch zum öffentlichen Interesse und zum Grundgesetz! – Weitere Infos unter

Kreditwucher mit System

Immer mehr Menschen verschulden sich, weil ihr Einkommen für ein menschenwürdiges Leben nicht reicht oder weil sie sich zu sinnlosen Konsumsteigerungen verführen lassen. Ausbeutung ist allgegenwärtig!

Seit Jahren erzielen die Ratenkreditfabriken gigantische Wachstumzahlen und traumhafte Renditen - und das oft mit kriminellen Methoden. Weit über 100 Milliarden Euro schulden Konsumenten derzeit den Geldverleihern. Besonders oft werden teure Ratenkredite mit noch teureren Restschuldversicherungen verbunden, um Umsatz und Profit zu optimieren. „Die Kopplung von Ratenkrediten und Restschuldversicherungen ist eine neue Form des Kreditwuchers“, kritisiert Edda Müller, Vorsitzende des Bundes-

verbandes der Verbraucherzentralen. Mit einer Restschuldversicherung wird sichergestellt, dass der Kredit auch dann getilgt wird, wenn der Bankkunde nicht mehr zahlen kann, weil er zum Beispiel krank oder arbeitslos wird. Aber diese Versicherungen sind teuer, und die Kreditberatung vieler Banken ist miserabel. In einer Untersuchung der Stiftung Warentest haben nur drei von dreizehn Banken ihre Kunden gut beraten, und zwar die Commerzbank, die Berliner Sparkasse und die Postbank. Schlusslichter im Test waren die Dresdner Bank und die Santander Consumer Bank mit dem Qualitätsurteil „mangelhaft.“

Die Verbraucherzentralen haben in den vergangenen Monaten Bankkunden nach ihren Erfahrungen befragt.

Die mit Abstand häufigsten Beschwerden trafen die Citibank. Daneben fielen den Verbraucherschützern insbesondere die HypoVereinsbank auf sowie die frühere Norisbank, die künftig unter dem Namen Teambank ihren EasyCredit verkaufen will, und die schon erwähnte Santander Consumer-Bank.

Immer aggressiver wird um neue Kunden geworben. Aber kaum einer bekommt wirklich niedrige Zinsen. 90.000 Menschen haben im vergangenen Jahr einen Insolvenzantrag stellen müssen, 30 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Derzeit gelten 3,4 Millionen Haushalte in Deutschland als überschuldet. Aber Banken dürfen Notlagen ihrer Kunden nicht ausnutzen und einen überhöhten Zinssatz kassieren; denn Wucherzinsen sind verboten.

-es.

Ausgeladen

Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Bayern, Fritz Schösser, hat die Ausladung von SPD-Rednern bei Kundengebungen zum 1. Mai wie folgt begründet: „Man muss auch mal mit solchen Maßnahmen deutlich machen, dass es nicht geht, auf Veranstaltungen den Menschen zu versprechen, dass man sich für sie einsetzt, und auf der anderen Seite Gesetze zu beschließen, mit denen man eher das Gegenteil bewirkt.“

Verbundenheitsadressen und politische Treueschwüre sind das eine, konkrete Politik das andere – auch in Zeiten einer Großen Koalition. Was findet sich jenseits von öffentlichen Bekundungen an Arbeitnehmerinteressen im Reformkurs der Großen Koalition wieder?

Gesetzlicher Mindestlohn in Frankreich

Von 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben 20 einen gesetzlichen Mindestlohn. Fast alle erhöhen ihn derzeit kräftig.

Die meisten europäischen Staaten haben ihre gesetzlichen Mindestlöhne stark angehoben; beispielsweise Großbritannien plus 8,2 - Irland plus 8,5 - Niederlande plus 5,7 und Griechenland plus 9,3 Prozent. Am deutlichsten waren die Steigerungen in Mittel- und Osteuropa. In Frankreich wurde der gesetzliche Mindestlohn, der in allen Branchen gilt, kürzlich um 3 Prozent auf nunmehr 8,27 Euro in der Stunde erhöht. Das sind bei der gesetzlichen Wochenarbeitszeit von 35 Stunden monatlich 1.254 Euro brutto.

Schon seit den Fünfziger Jahren gibt es den gesetzlichen Mindest-

lohn in Frankreich. Jeder Bürger soll an der wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben. Der SMIC wird auch jährlich erhöht. Nirgendwo gibt es mehr Mindestlohn-Bezieher als in Frankreich: Rund 2,5 Millionen Menschen bekommen ihn, das sind 17 Prozent aller Arbeitnehmer. Er gilt, außer für Auszubildende, für alle mehr als 18jährige Erwerbstätige. Besonders zahlreich sind unter ihnen Beschäftigte im Dienstleistungssektor.

Der Mindestlohn ist auch Thema im französischen Wahlkampf: Der Konservative Nicolas Sarkozy will höhere Löhne gleich für alle, dafür soll aber auch länger gearbeitet werden. Die Sozialistin Segolene Royal ist konkreter: Sie plädiert für eine Erhöhung des SMIC auf mindestens 1.500 Euro brutto im Monat.

Länger arbeiten für weniger Geld

Zum 1. Juli dieses Jahres will die Deutsche Telekom rund 55.000 Beschäftigte der Festnetzsparte T-Com in drei eigenständige Service-Gesellschaften auslagern. Das soll der Verbesserung der Wettbewerbssituation dienen. Die ‚ausgelagerten‘ Mitarbeiter/innen werden länger arbeiten müssen, aber weniger Geld erhalten. Rund 900 Millionen Euro will der Konzern dadurch einsparen.

Zum Beispiel sollen in einem Schritt die Einstiegsgehälter für Service-Mitarbeiter/innen um bis zu 42 Prozent gesenkt und die Arbeitszeit von 34 auf mindestens 38 Wochenstunden verlängert werden. Konkret: Berufsanfänger in Call-Centern erhalten bislang bei einer Arbeitszeit von 34 Stunden ein Einstiegsgehalt von 34.000 Euro jährlich; künftig will ihnen die Telekom nur noch 20.000 Euro zahlen.

Ähnlich hoch sollen die Einschnitte bei Berufsanfängern in den Sparten Technischer Service und Netzbetrieb ausfallen. Doch nicht nur die Berufsanfänger sollen Opfer bringen; auch von den Beschäftigten in den Sparten Service, Kundendienst und Netz-

produktion erwartet der Konzern Zugeständnisse.

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) hat massiven Widerstand gegen die Weigerung der Telekom angekündigt, jetzt einen umfassenden tarifvertraglichen Schutz für die von der geplanten Auslagerung in Servicegesellschaften betroffenen Beschäftigten zu vereinbaren. „Die Telekom-Pläne sind rücksichtslos und zeigen, dass die Arbeit der Beschäftigten nur noch als Kostenfaktor und nicht als Aushängeschild des Konzerns betrachtet wird“, erklärte ver.di-Verhandlungsführer Lothar Schröder. Es sei nicht hinnehmbar, dass die Einkommen der Beschäftigten drastisch abgesenkt werden sollen, während zugleich kein schlüssiges Konzept zur Verbesserung des vielfach kritisierten Services vorgelegt werde.

Der Konflikt hat sich inzwischen zugespitzt. Tausende von Beschäftigten haben mit Streikaktionen protestiert. Manager und Aufsichtsrat haben den Ruf und die Zukunft des Konzerns restlos ruiniert.

* * * *

Buchtipps

Noam Chomsky

Der gescheiterte Staat

Büchergilde Gutenberg, 400 Seiten, 19,90 Euro

Ein Staat gilt als gescheitert, wenn er sich nicht um Völkerrecht und internationale Abkommen schert, die Sicherheit seiner Bewohner und ihre Bürgerrechte nicht mehr schützt und die Institutionen der Demokratie selbst unterminiert. Solche „Schurkenstaaten“ wieder auf den Weg von Freiheit, Recht und Demokratie zu bringen, ist seit Jahrzehnten das

erklärte Ziel der Weltmacht USA. Doch was, wenn die dominierende Supermacht selbst unter die Definition eines „gescheiterten Staates“ fällt?

Mit Präzision zeichnet der Wissenschaftler und Publizist Noam Chomsky die Entwicklungslinie einer Politik nach, die lange vor Bush begann: die immer offenere Missachtung internationaler Verträge und Institutionen, eine aggressive Außenpolitik, aber auch die Erosion der Demokratie im Inneren durch eine bis dato unerhörte Machtkonzentration in den Händen der Privatwirtschaft.

Renten Kürzungen

Arbeit kann krank machen. Die Belastungen führen nicht selten zu dauerhafter Arbeitsunfähigkeit. Etwa 900.000 Menschen erhalten eine Erwerbsminderungsrente. Durch die Rentenreform der rot-grünen Bundesregierung wurden ab 2001 alle bewilligten Renten um bis zu 10,8 Prozent gekürzt, mit der Festlegung: Erwerbsminderungsrenten dürfen nicht höher ausfallen als Altersrenten. Die Änderung traf auch diejenigen, deren Erwerbsminderungsrente weit unter der Altersrente lag. Allerdings hat das Bundessozialgericht im Mai 2006 entschieden, diese Kürzungen seien, zumindest vor dem 60. Lebensjahr, rechtswidrig. Normalerweise gilt ein solches Grundsatzurteil dann für alle Betroffenen. Aber die Deutsche Rentenversicherung will die Kürzungen nicht zurücknehmen. Rentner/innen sollen weiterhin keinen Anspruch auf Nachzahlungen haben. Arbeitsminister Müntefering ist ebenfalls dieser Auffassung. Bestraft werden nun ausgerechnet jene, die Arbeit krank gemacht hat.

Impressum:

Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt: Franz Kersjes, Abendrothstraße 5, 50769 Köln, Telefon: 0171 - 5 26 65 35 Mail: franz.kersjes@koeln.de

Die Welt der Arbeit erscheint kostenlos nach Bedarf und wird auch im Internet veröffentlicht.
www.weltderarbeit.de

Nachdruck gegen Übermittlung von Belegen erwünscht. – Beiträge von Gastautoren stellen nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers dar.